

Copie

Politische Abteilung I

Bern, den 16. September 1991

E.B. 75.77.27.0

ABKLAERUNGSMISSION ALBANIEN2.- 5. September 19911. AUFTRAG

Die Delegation, die sich aus den Herren Carlos M. Orga (PA I), Toni Frisch (SKH) und Pascal Strupler (BAWI) zusammensetzte, hatte folgende Aufträge:

- Implementierung der humanitären Hilfe,
- Vorbereitung der Zusammenarbeit mit Albanien im Hinblick auf den 800 Millionen-Rahmenkredit,
- Suche nach Gebäulichkeiten zur Eröffnung einer Schweizer Botschaft.

Beiliegend finden Sie den von Herrn Strupler verfassten Bericht über die geführten Gespräche. Herr Frisch war an einigen Gesprächen zugegen; der Bericht über seine Feldmission liegt ebenfalls bei.

2. ALLGEMEINER EINDRUCK

Wer zum ersten Mal seinen Fuss auf albanisches Territorium setzt, realisiert sehr rasch, dass Albanien mit zwei Hypotheken belastet ist. Nicht nur trägt es wie alle andern ehemaligen Ostblockstaaten die bekannten Altlasten des Kommunismus, zusätzlich sieht es sich noch der Realität eines selbst gewählten Isolationismus gegenüber. Albanien's Oeffnung zum Westen wird daher um einiges schwieriger sein als jene der andern ost- und mitteleuropäischen Länder.

3. STABILISIERUNG DES CHAOS

Die Gespräche mit Regierungsvertretern, Politikern, Vertretern der Presse und Diplomaten haben gezeigt, dass Albanien's Reformprozess nicht mehr aufzuhalten sein wird. Alle Minister, die uns zu Gesprächen empfangen haben, zeigten einerseits viel guten Willen, ja fast Enthusiasmus, andererseits aber gestanden sie ein, dass sie das für die Führung eines Landes notwendige politische Rüstzeug nicht in genügendem Ausmass besässen. Die heutige Regierung ist eine solche der Technokraten. Sie sieht ihre Aufgabe darin, Albanien möglichst ohne innenpolitische Turbulenzen zu den für Mai/Juni 1992 vorgesehenen Wahlen zu führen.

Die Aufgabe, die der jungen Regierungsmannschaft gestellt wurde, ist nicht einfach zu lösen. Innenpolitisch sieht sie sich u.a. der Liberalisierung des Bodenbesitzes, der Preise und des Wohnungsmarktes gegenüber. All diese Themen haben ihre eigene sozialpolitische Brisanz. Aussenpolitisch bemüht sich die Regierung um den Einbau Albanien's ins europäische Gefüge und erhofft sich dementsprechend die Fürsprache auch der Schweiz. Entscheidend für das Ueberleben des albanischen Reformprozesses wird, wie es der Führer der Demokraten, Sali Berisha mehrmals betonte, sein, wie die jetzige Regierung mit dem Damoklesschwert namens Armut wird umgehen können. Die junge Führung Albanien's hat sich dieser Herausforderung gestellt. Ohne Hilfe aus dem Ausland wird sie sie aber kaum mit Erfolg meistern können.

4. FOLGEN FUER DIE SCHWEIZERISCHE HALTUNG

Die Schweiz hat durch die intensive Pflege der Kontakte mit der albanischen Regierung (u.a. Besuch von Staatssekretär Jacobi) in Albanien viel "goodwill" schaffen können. Oft ist vom "Kopieren" der Schweiz die Rede. Und im Gegensatz zu jenem der Grossen, erkennen die Albaner im Schweizer Hilfsangebot keine verkappten Kolonialismustendenzen.

Konkret kommt für Albanien bis zum Vorliegen des zweiten Rahmenkredites zugunsten Ost- und Mitteleuropas (März/April 1992) aus unserer Sicht nur die Leistung humanitärer Hilfe in Frage. Das SKH ist im Moment der Niederschrift dieser Zeilen daran, das bereits Gemachte zu evaluieren und die nächsten Schritte zu planen. Liegt der 800 Millionen-Kredit vor, dürften vor allem die Nachbarschaftshilfe und die technische

Zusammenarbeit (Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Lokalverwaltung, Tourismus) als Unterstützungsformen in Frage kommen. Für Massnahmen der Finanzhilfe wird es wohl noch einiges an Vorbereitungsarbeiten brauchen.

POLITISCHE ABTEILUNG I

Der Gesamtkoordinator der Osteuropahilfe


Carlos M. Orga

Beilagen erwähnt

Kopie mit Beilage an:

- BRF, JAC, SFR, KJP, MA, SIN, GRN, RAE, CAM, WOK, HRK, FT,
CAN, KD, NB
- BAWI: blf, ari, gjd, esh, ric, str
- Schweizer Botschaften Belgrad und Wien
- Schweizer Mission Brüssel

BUNDESAMT FÜR AUSSENWIRTSCHAFT
Dienst Südosteuropa, Israel

Alb.810- str

Bern, 13. September 1991

ABKLÄRUNGSMISSION ALBANIEN - EDA - SKH - BAWI

2. - 5. SEPTEMBER 1991

- **Kontakte mit Regierungs-, Parlaments-, Partei-, Presse- und UNDP-Vertretern**
 - **Schweizerische Botschaft in Albanien: Botschaftsgebäude**
-

1. Regierungsvertreter

1.1. Premierminister Ylli Bufi

Das vom albanischen Aussenministerium zusammengestellte Besuchsprogramm sah als Auftakt der schweizerischen Abklärungsmission ein Treffen mit Premierminister Ylli Bufi (B.) vor. Der promovierte Chemiker fand - wie im übrigen alle albanischen Gesprächspartner - sehr lobende Worte für die Schweiz. Für die Albaner sei sie ein Beispiel dafür, dass auch ein kleines Land wirtschaftliche Prosperität erlangen könne. Man wolle die Schweiz und die westlichen Staaten nicht kopieren, aber sicherlich von ihren Erfahrungen profitieren. B. erörterte die Möglichkeiten zur Schaffung einiger schweizerisch-albanischer Kooperationsbereiche vor:

- **Institutionen**: Die Schweiz als kleines Land ist für Albanien im Bereich der demokratischen Institutionen von grossem Interesse. **B. sieht für die Schweiz in diesem Bereich eine Möglichkeit, relativ rasch und ohne allzu grossen finanziellen Aufwand einen wesentlichen Beitrag im Hinblick auf den Demokratisierungsprozess leisten zu können.** Ein Wissensrückstand bestehe hier insbesondere betreffend den Aufbau und die **Organisation des Mehrparteien-Parlamentes** und im Bereich der **öffentlichen Verwaltung** (vor allem auf Gemeindeebene).
- **Landwirtschaft**: Parallel mit der Bodenreform (Privatisierung des bis anhin staatlichen Bodens) müsse, so B., die albanische Landwirtschaft dringend modernisiert werden. Schwerpunkt bei der Restrukturierung sei die **Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte nahe beim Produzenten**. Die Schweiz könne hier z.B. auf dem **Sektor der Milchverarbeitung und -verpackung** substantielles Know-how einbringen.

- **Gesundheitswesen:** Laut B.'s Kooperationsvorschlag mit Bezug auf die Unterstützung des Gesundheitswesens könne die Schweiz mit der **Realisierung eines Spitalprojektes** in einer Kleinstadt ein dauerhaftes, modellhaftes Zeichen setzen.
- **Tourismus:** Mit einer bisher nahezu un bebauten Küste und den ebenfalls unberührt gebliebenen albanischen Alpen stehen dem Land der Skipetaren im touristischen Sektor beträchtliche und devisenbringende Entwicklungsmöglichkeiten offen. Es bleibt dabei zu hoffen, dass das Land ob dem fieberhaften Bemühen um ausländische Investitionen unkontrollierbare Auswüchse zu vermeiden vermag. B. seinerseits scheint die Gefahren des Massentourismus zu erfassen und gibt einem Exklusivtourismus seinen Vorzug. Die Möglichkeiten der Schweiz sieht B. im Bereich **Know-how-Vermittlung durch Ausbildungsgänge**.

Mit Bezug auf Albanien's Zukunft gab sich Bufi realistisch. Man habe mit der Oeffnung Albanien's und mit der Durchführung demokratischer Wahlen politisch die Weichen gestellt zu einem **unwiderruflichen Demokratisierungsprozess**, ohne den es auch wirtschaftlich keine Aenderung geben könne. Das grosse **Dilemma** bestehe darin, dass die wirtschaftliche Reform mit dem politischen Prozess nicht schritthalten könne und die Altlasten der Planwirtschaft jetzt erst ihre katastrophalen Auswirkungen entfalten. Die **Bevölkerung** sei völlig **verunsichert** und schreibe die zutage tretenden Missstände der Demokratie zu. Die Unzufriedenheit der Albaner über die wirtschaftliche Situation habe die Regierung gezwungen, Massnahmen zu ergreifen, die dem ursprünglichen Ziel der Inflationsbekämpfung entgegenstünden; so habe man nach dem Generalstreik im Mai dieses Jahres Lohnerhöhungen im Ausmass von 50% beschliessen müssen. **Allgemein könne festgehalten werden, dass die Situation Albanien's nur mit rascher und unbürokratischer Hilfe des Westens zu retten sei.**

1.2. Aussenminister Muhamet Kapllani

Anlässlich einer kurzen Unterredung wies auch Aussenminister Kapllani auf die katastrophale Wirtschaftslage Albanien's hin. Es sei beschämend aber dennoch Realität, Albanien müsse als Agrarstaat (70% der Bevölkerung ist in der Landwirtschaft tätig) um dringende Nahrungsmittelhilfe bitten. Nur mit einer derartigen **Ueberbrückungshilfe** sei es möglich, das Land aus dem "Dreck" zu ziehen. Die Vertrauenskrise sei mit leerem Magen nicht zu bewältigen. Mit der bisherigen Hilfe könne er sich nicht zufriedengeben. Der Westen habe gegenüber den Oststaaten eine moralische Verpflichtung, müsse er sich doch vergegenwärtigen, dass er mit dem Zusammenbruch des Kommunismus den Dritten Weltkrieg ohne einen Schuss habe gewinnen können. **Mit ihrer Hilfe könne die Schweiz einen Beitrag leisten, der im kleinen Albanien rasch sichtbare Resultate hervorbringen werde.**

1.3. Finanzminister Genc Ruli

Der Jurist und Wirtschaftswissenschaftler Ruli (R.) zeichnete ein umfassendes Bild der Situation und macht aus der "chaotischen" Lage keinen Hehl. Albanien müsse in jeder Beziehung mit Null anfangen. Die zahlreichen europäischen und amerikanischen Delegationen, die sich seit zwei Monaten in Albanien die Türklinken reichen, seien Lichtblicke für Albanien's Zukunft. Die grösste Schwierigkeit bestehe in diesen Tagen darin, zwei verschiedene Prozesse in den Griff zu bekommen: einerseits den **wirtschaftlichen Desintegrationsprozess**, andererseits den **Aufbauprozess im Hinblick auf die Einrichtung der Marktwirtschaft**. Erschwert werde dies durch den **Mangel an qualifizierten Leuten** (Oekonomen, Juristen). Nur die wenigsten hätten eine globale Vision der anstehenden Aufgaben. Albanien sei dringend auf

technische Unterstützung angewiesen. Es sei wichtig, dass Albanier mit guter Vorbildung möglichst rasch im Ausland oder im Lande selber Ausbildungsgänge besuchen könnten.

Als Finanzminister ist R. damit beschäftigt, die **Grundlagen zur Mittelbeschaffung aufzubauen**. Neben der Schaffung eines Steuer- und Zollsystems sei die Budget- und Geldpolitik neu zu definieren. Zur Lösung der damit verbundenen Probleme stünden ihm jedoch Leute zur Verfügung mit einem minimalen Wissen auf diesen Sektoren. Man habe es hier mit einem **Teufelskreis** zu tun, der nur schwer zu durchbrechen sei, hänge doch das Ausmass der G-24-Hilfe von den Resultaten der Vorarbeiten ab, die Albanien vorweisen könne. Dies sei im jetzigen Zeitpunkt nicht gerade viel, doch stelle es das Maximum der Möglichkeiten dar. R. hob einige Punkte der bisherigen und anstehenden Reformen hervor:

- Start der **Privatisierung des Bodens** (Aufteilung des landwirtschaftlichen Genossenschaftseigentums);
- **Abwertung** der Landeswährung (bisher 1\$ = 10 Lek, neu ab 15. September 1991 1\$ = 25 Lek; Schwarzmarktkurs 1\$ = 32 Lek);
- stufenweise **Liberalisierung der Preise** (prioritär Treibstoff, Elektrizität, Nahrungsmittel) wobei für die lebensnotwendigen Güter Höchstpreise festgelegt werden;
- **Privatisierung von Staatsunternehmen**.

R. betonte, dass diese Reformen unentbehrlich aber gleichzeitig sehr schmerzhaft seien. Gegenwärtig stünde die albanische Wirtschaft wegen **fehlenden Rohstoffimporten** fast still; die Arbeitslosen erhielten dennoch 80% ihres Lohnes. Man werde in nächster Zeit alle **ineffizienten Betriebe** schliessen und den Arbeitslosen vorübergehend soziale Hilfe gewähren müssen. Einen wirksamen Sukkurs verspricht sich R. vom erhofften **Beitritt zu den Institutionen von Bretton Woods**. Die Aufschlüsselung der Probleme und die Empfehlungen der Weltbank- und des Internationalen Währungsfonds anlässlich ihrer Abklärungsmissionen in Albanien hätten, so R., wertvolle Hinweise auf den einzuschlagenden Weg geliefert. **Eine gewisse Sensibilisierung für die albanische Problematik verspricht sich R. auch von der Koordinierungssitzung der G-24 am 16./17. September 1991 in Brüssel.**

1.4. Aussenhandelsminister Ylli Cabiri

Aussenhandelsminister Cabiri (C.) und Vizeminister Affezolli verkörpern als junge Technokraten (Physiker, Ingenieur) die auffallend **starke Motivation der Regierung**, Albanien so rasch wie möglich mit dem marktwirtschaftlichen Fundament zu versehen. C. betonte, dass er seine Arbeit vielleicht nicht werde beenden können, doch wolle er und seine Mannschaft einen Grundstein legen, auf dem seine Nachfolger weiterbauen könnten. Die Trümpfe, die Albanien geltend machen könne, würden längerfristig zum Ziele führen. Als kleines Land mit übersichtlichen Strukturen besitze Albanien mit seinen **Bodenschätzen** (drittgrösster Chromproduzent der Welt), seinem **fruchtbaren Boden** (Landwirtschaft), **unverschmutzten Stränden und unberührten Berglandschaften** (Tourismus) die Grundvoraussetzungen für **Exporte**, einen **hohen Selbstversorgungsgrad** und **devisenträchtige Dienstleistungen**. Zudem schöpfe die albanische Elektrizitätswirtschaft (u.a. 7 Wasserkraftwerke, Gesamtproduktion von 2000 MW) nur 33% ihrer Möglichkeiten aus. Mit dem Strombedarf Italiens und der Sowjetunion seien Absatzmärkte vorhanden. Zur Ueberwindung des Grabens zwischen Ist- und Sollzustand bedürfe es allerdings **bedeutender ausländischer Investitionen und Kreditgarantien**.

C. betonte insbesondere die Notwendigkeit, den Privatisierungs- und Liberalisierungsprozess **schnell** durchzuführen. An die Adresse der Schweizer Delegation richtete er den Wunsch nach

der Entsendung von Spezialisten und Beratern, die der albanischen Regierung für einen gewissen Zeitraum zur Verfügung gestellt würden. Schon psychologisch stelle diese Art technischer Zusammenarbeit eine wichtige Hilfe dar. Er schlug im weiteren vor, anlässlich der Unterzeichnung des neulich mit der Schweiz ausgehandelten Investitionsabkommens¹ eine "table ronde" mit Behörden und Privaten beider Länder zu organisieren.

Anlässlich der Diskussion über den zweiten Schweizer Rahmenkredit für Ost- und Mitteleuropa (soll anfangs April 1992 wirksam werden) wies die schweizerische Delegation auf die möglichen Formen finanzieller und technischer Zusammenarbeit hin. Sie erhielt von C. eine albanische Wunschliste betreffend Nahrungsmittelhilfe und konkrete Kooperationsprojekte (vgl. Beilage). Das Aussenhandelsministerium ist denn auch die Anlaufstelle, welche für die albanische Seite die Koordinierung der Projekte übernimmt und mit welchem sich die Schweizer Behörden zur gegebenen Zeit werden in Verbindung setzen müssen.

1.5. Minister für Ernährung Vilson Ahmeti

Ahmeti (A.) skizzierte in groben Zügen die aktuelle Funktion seines Ministeriums. Gegenwärtig existieren in Albanien über **160 Nahrungsmittelbetriebe**, welche rund 45'000 Angestellte beschäftigen (1'500 im Management). Neben der fischverarbeitenden Industrie sind vier Verarbeitungskategorien festzuhalten: **Weizenverarbeitung** (Mehr, Brot, Teigwaren usw.), **Alkohol und Oele**, **Milchprodukte**, **Zigaretten**. Während in diesem Jahr die Landwirtschaft fast stillsteht - die Landbevölkerung hat wegen der unsicheren politischen Lage und der ungewissen Privatisierung nur ein Minimum angepflanzt - exportierte die staatliche Alimpex Nahrungsmittel im Werte von rund 70 Mio. \$, einschliesslich 12 Mio. \$ medizinische Kräuter.

Der Nahrungsmittelbereich, so A., soll über eine **Privatisierungsagentur** entstaatlicht werden. In einem ersten Schritt sollen **kleine Verarbeitungsbetriebe** den Vorrang haben. Albanien sei auch in diesem Bereich auf **ausländische Kredite** angewiesen, nicht nur zur Erneuerung der **veralteten und ineffizienten Produktionseinrichtungen** sondern auch zur Lösung des **Transportproblems**. Zur Verteilung der dezentral verarbeiteten Produkte müsse das bestehende "Transportmuseum" saniert werden. **Nach A. wäre die Schweiz ein geeigneter Partner für eine Zusammenarbeit im Bereiche der Milchverarbeitung** (Konzept, Ausrüstung und Verteilungsinstrumentarium).

1.6. Staatsekretär Leontiev Cuci (Wirtschaftsministerium)

In einer ausführlichen Aufzählung des Sündenregisters jahrzehntelanger kommunistischer Planwirtschaft zeichnete Staatssekretär Cuci (C.) ein realistisches Bild der gegenwärtigen albanischen Wirtschaftslage. Der katastrophale Zustand rufe nun nach einem **pragmatischen Handeln unter Vermeidung diplomatischer und politischer Floskeln**. Das Ziel der jetzigen Mehrparteienregierung sei die soziale und wirtschaftliche Stabilität. Zur Ueberwindung der heutigen Passivität seien mit Blick auf die Errichtung einer funktionierenden Marktwirtschaft zwei Dinge prioritär: die **Privatisierung des Staatseigentums** und die **Liberalisierung des Kapitalmarktes**. Nur mit einem starken Zuschuss ausländischen Kapitals könnten die alten Strukturen wirksam umgestaltet werden. Die gesetzlichen Grundlagen zur freien Kapitalein-

1. Eine Schweizer Delegation (BAWI) weilte vom 12.-17. August 1991 in Albanien und konnte nach Abschluss der Verhandlungen das Investitionsabkommen paraphieren.

fuhr seien bereits geschaffen worden und erlaubten ausländische Investitionen. Albanien sei zurzeit bemüht, das **legislatorische Instrumentarium** schrittweise auszubauen (u.a. Vertrags-, Steuer- und Konkursrecht).

Nach C. wird die **Privatisierung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens** in zwei Monaten beendet sein. Damit könnten rund 400'000 Familien ihre eigenen Landwirtschaftsbetriebe führen können. Trotzdem sei im nächsten Jahr noch nicht mit markanten Leistungssteigerungen zu rechnen. Dazu fehle es an modernen **Landwirtschaftsmaschinen**. Die heute zur Verfügung stehenden Maschinen chinesischen und russischen Ursprungs hätten den Standard dieser Länder von 1960. Im weiteren bestehe ein grosser Bedarf an **Saatgut** und **Kunstdünger**.

2. Parlamentsvertreter

Nach den ersten freien Parlamentswahlen (31. März und 6. April 1991) seit 1923 verfügen die Sozialisten (ehemalige kommunistische Partei) über eine Zweidrittelmehrheit (168 von 250 Sitzen). Die grösste Oppositionspartei (Demokraten) erreichte - durch einen starken Wähleranteil in den Städten - 75 Sitze. Nach **Parlamentspräsident Kastriot Islami (I.)** seien rund 90% der Parlamentarier erstmals gewählt worden und verfügten über wenig Erfahrung.

Die nächsten Wahlen seien für Mai oder Juni 1992 vorgesehen. Es seien Stimmen laut geworden, sagte I., die nach **vorgezogenen Wahlen im Dezember 1991** riefen. Dies könne sich als kontraproduktiv erweisen, würde doch damit in der Bevölkerung erneut die **Unsicherheit** über die Zukunft verbreitet. Regierung und Parlament hätten in den letzten sechs Monaten eine gewisse Stabilität erreichen können, die jetzt nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfe.

I. wies auf den fruchtbaren Dialog hin, den er mit **Nationalratspräsident Breml** anlässlich der 700-Jahrfeier am 1. August gehabt habe. Albanien werde an das Ende September in Olten stattfindende Seminar über die demokratischen Institutionen vier Parlamentarier entsenden.

Neben einem **Mangel an politischer und parlamentarischer Erfahrung** fehle dem jungen albanischen Parlament auch die **Infrastruktur** (Organisation, Fotokopierer, Fax usw.). Als sehr nützlich könnten sich nach I. auch **Stipendien** für Studenten erweisen.

3. Parteivertreter

Die Schweizer Delegation hatte die Gelegenheit, die Präsidenten der zwei wichtigsten Parteien Albaniens zu treffen. Führer der ehemaligen KP und heutigen Sozialistischen Partei ist **Fatos Nano (N.)**. Er war Ende Mai nach dem durch die unabhängigen Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreik als Premierminister zurückgetreten. **Sali Berisha (B.)** ist Vorsitzender der Demokratischen Partei. Seine Partei hat anlässlich der letzten Wahlen vor allem in den städtischen Gebieten bedeutende Erfolge erzielt.

3.1. Sozialistische Partei

Nach N. liegt das wesentliche Problem des albanischen Reformprozesses in der Notwendigkeit, die alten Strukturen und Mentalitäten zu verändern. Die Bevölkerung sei durch die

Politik der letzten Jahrzehnte stark enttäuscht worden. Es gehe jetzt darum, insbesondere den Randgruppen gute Startbedingungen zu verschaffen. Sie könnten, so N., im heutigen Umbruch leicht in Vergessenheit geraten. **Zwischen den Parteien gebe es zurzeit keine grossen Differenzen.** Alle seien bestrebt, den Wandel gemeinsam zu erreichen. **Die Koalitionsregierung habe mit den bisherigen Reformen und bei der Definition der Prioritäten den Beweis angetreten, dass ein gemeinsames Vorgehen möglich sei.** N. hofft, dass **anlässlich der für nächstes Jahr vorgesehenen Parlamentswahlen keine Partei die absolute Mehrheit erreichen werde.**

Albanien sei bemüht, dem Ausland und den internationalen Organisationen für ihre Hilfe **Prioritäten** anzugeben. Ein wichtiges Element für die Zukunft sei ohne Zweifel **die berufliche Ausbildung.** Laut N. sei die Ausbildung in Albanien trotz ihrer Politisierung nicht schlecht gewesen, doch müsse ein grosses Mass an Know-how importiert werden in den Bereichen der **Gesetzgebung, der Technik, der Wirtschaft allgemein** und vor allem im **Bankensektor.**

3.2. Demokratische Partei

B. ist als Präsident der neuen Demokratischen Partei zur zentralen Figur der Opposition herangewachsen. Während er der jetzigen Regierung eine grosse Motivation attestiert, spart er nicht mit **Kritik gegenüber der Sozialistischen Partei.** Der Namenswechsel dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihre Vertreter nach wie vor die **kommunistischen Mittel der Lüge und der Repression** benützten. Die Demokratische Partei sei entschlossen, dagegen anzukämpfen. Weitere Schwachpunkte, die es zu verbessern gilt, seien die **Unterstellung des immer noch "marxistisch-leninistisch" propagierenden staatlichen Fernsehens unter die Aufsicht des Parlamentes,** die **Eliminierung der Staatsicherheitspolizei (Sigurimi)** sowie die **Reorganisation der gegenwärtig im Machtvakuum völlig verunsicherten und autoritätslosen Polizei.** Mit Bezug auf den **Zeitpunkt der nächsten Parlamentswahlen** strebe die Demokratische Partei eine **Vorverlegung** an. Die Kommunisten nützten sonst die Zeit, um die heutige Wirtschaftslage der neugewonnenen Demokratie anzulasten und im Volk für Aufruhr zu sorgen. **Seine Partei werde die nächsten Wahlen gewinnen.** Seit Ende März dieses Jahres habe sie auch in den Landgemeinden eine solide Basis legen können.

4. Pressevertreter

Die Presseabteilung des Aussenministeriums hatte auf Wunsch der Schweizer Delegation Journalisten verschiedener Zeitungen und einen Vertreter der albanischen Depeschagentur zu einer Zusammenkunft eingeladen.

Die **vormalige kommunistische Parteizeitung "Stimme des Volkes"** ist das Organ der Sozialistischen Partei und wird zurzeit restrukturiert. Sie arbeitet an einem verbesserten Verteilungssystem. Längerfristig soll die Zeitung selbsttragend werden. Der veraltete Druckereibetrieb und die schwache Papierqualität schaffe Probleme. Der für Auslandfragen verantwortliche Vertreter der Zeitung erhofft sich **im Rahmen der europäischen Osthilfe auch Möglichkeiten zur Fortbildung zukünftiger Journalisten im Ausland.**

Noch schwieriger steht es um die **Presseerzeugnisse der Oppositionsparteien.** Laut dem anwesenden Journalisten der sozialdemokratischen Zeitung versuche die Sozialistische Partei das **Erscheinen seines Blattes zu verhindern.** So würden beispielsweise die Papierlieferungen unterbunden.

Die Vertreterin der politisch und konfessionell unabhängigen Gewerkschaftszeitung hob die zentrale Bedeutung der **Pressefreiheit** und insbesondere eines Forums hervor, welches die Gemeinsamkeiten der albanischen Bevölkerung herauszukristallisieren vermöge.

Die **Albanische Depeschenagentur** soll, laut seinem Vertreter, von der staatlichen Aufsicht losgelöst und zu einer selbsttragenden Institution umfunktioniert werden. Es würden Wege gesucht um dies zu realisieren, **doch fehle das dazu notwendige Know-how.**

5. UNDP-Vertretung

Der permanente UNDP-Vertreter (J.-N. Marchal, M.) hat seine Tätigkeit Mitte August in Tirana aufgenommen. Seiner Meinung nach müsse Albanien **prioritär humanitäre Hilfe** gewährt werden. In einem **zweiten und dritten Schritt seien finanzielle und technische Hilfe unentbehrlich.** Hier sei insbesondere an die **Entsendung von Experten**, unter anderem für die Regierung, zu denken. Das United Nations Development Programme soll in diesem Bereich eine **optimale Koordination** gewährleisten. **Ein erster Koordinierungsversuch soll anlässlich der am 16./17. September in Brüssel stattfindenden G-24/UNDP - Sitzung unternommen werden.** M. unterstrich die Notwendigkeit der Anwesenheit sowohl von Vertretern der humanitären als auch der finanziellen und technischen Hilfe.

6. Botschaftsgebäude in Albanien

Aufgrund der neulichen Entscheidung des Bundesrates, in Albanien eine Botschaft zu eröffnen, nahm die Schweizer Delegation mit der zuständigen albanischen Dienststelle Kontakt auf. **Die Aussichten auf einen baldigen Einzug in ein Botschaftsgebäude sind äusserst schlecht. Es fehlt an geeigneten Räumlichkeiten.** Der verantwortliche Beamte sicherte jedoch ein rasches Vorgehen seinerseits zu. Die Lösung des Problems dränge sich umso mehr auf, als dass neben der Schweiz auch Israel, Grossbritannien, Oesterreich, Iran, Saudi-Arabien, Libyen und Südafrika auf der Warteliste stünden. Falls keine Lösung über bestehende Gebäude gefunden werden könne, müsse ein **Neubau** in Erwägung gezogen werden. Im weiteren wäre eventuell eine Uebergangslösung in Durres (Hafenstadt, 35 km von Tirana) möglich. Das **Aussenministerium** hat der Delegation versichert, dass alles daran gesetzt werde, der Schweiz rasch Vorschläge unterbreiten zu können. Empfehlenswert wäre u.E. die Entsendung von Schweizer Verantwortlichen zur **Bestandesaufnahme vor Ort.**



P. Strupler

LIST OF SOME INVESTMENTS IN ALBANIA DURING
1991 - 2000

1. In energetics industry
 - a. Hydropower station 2X60 MW Bushat
 - b. Thermopower station 2X50 MW Tirana
2. In mines industry
 - a. In chrome mines in Bulqiza
 - b. In copper mines in Munella
 - c. In enrichment of coal
3. In mechanical industry
 - a. Reconstruction of auto-tractor plant in Tirana
 - b. Others
4. In chemical industry
 - a. Reconstruction of PVC plant in Vlora
 - b. Others
5. In wood and paper industry
6. In construction industry
 - a. Cement factory
 - b. Brick-kiln
 - c. Marble
7. In light industry
 - a. Reconstruction of textile factory in Tirana
 - b. Factory for packing of bags

- 2 -

c. Reconstruction of glass factories

d. Machines for textile industry

8. In food industry

a. Beer factory with capacity 80.000 Hl/year

b. Factory for production of soap

c. Factory for fruit juice

d. Factory for children foods

9. In agriculture

a. New technology for production of rise, soja, grapes, peaches, etc.

b. Machines for agriculture industry

10. In transport

a. Replacement locomotives, waggons, and various transport motor-vehicles

b. New highway north-south 339 Km

c. Machineries and equipments for Durres port

d. Electrifications of railway 730 Km

12. In tourist field

13. In technical assistance in various fields like agriculture, education, etc.

MINISTRY OF FOREIGN ECONOMIC RELATION

Tirana, on september 4, 1991

Abt. Humanitäre Hilfe und SKH

Bern, 9.9.91

0.299.1.54 FT/KIS

ALBANIEN Abklärungsmission T. Frisch

Kurzbericht / Zusammenfassung

1. Allgemeine Bemerkungen

Der vorliegende Kurzbericht gibt eine zusammenfassende Uebersicht der Ergebnisse und Eindrücke anlässlich der gemeinsamen Abklärungsmission HH/SKH, Pol. Abt. I und BAWI, vom 2. - 5.9.91.

Er bildet gleichzeitig die Zusammenfassung des SKH Abklärungs-Teams Grattini/Widmer.

2. Heutige Situation

2.1. Allgemeines

Albanien befindet sich derzeit in einer wirtschaftlich und politisch sehr schwierigen Situation. Es scheint oftmals, das Rad der Zeit sei kurz nach dem 2. Weltkrieg angehalten worden.

Behörden und Vertreter verschiedener Institutionen zeigen sich jedoch erstaunlich offen. Die Abklärungsmission wurde seitens Albanien sehr gut unterstützt und der Zugang zu allen Stellen leicht gemacht.

2.2. Besondere Probleme

Die erfolgten bzw. jetzt noch laufenden Abklärungen der Abt. HH/SKH liegen insbesondere in den Bereichen

- . Allgemeine Versorgungslage, Nahrungsmittelversorgung
- . Transport und Logistik
- . Medizinische Versorgung

2.2.1. Nahrungsmittelversorgung

Diese hat sich in den letzten Monaten kontinuierlich verschlechtert und ist kritisch. Von Hunger kann jedoch nicht gesprochen werden. Albanien benötigt gemäss Angaben des Ernährungsministers u.a. ca. 600'000 t Getreide für die nächsten 12 Monate.

Die internationale Hilfe ist bereits angelaufen, insbesondere seitens Italien und der EG. 45'000 t Weizen sollen in Ungarn schon geliefert sein.

2.2.2. Transport und Logistik

Das Transportsystem ist völlig unzulänglich, die Transportfahrzeuge total veraltet. Eisenbahn und Hafen nur bedingt leistungsfähig. Beim Eintreffen grösserer Mengen von Hilfsgütern dürften deshalb grössere logistische Probleme auftreten.

Ein Punkt verdient besonderer Erwähnung: Die Albaner sind in vielen Bereichen "Improvisationskünstler", dies bezeugen die - trotz Fehlen von Ersatzteilen - immer noch einigermassen fahrtüchtig gehaltenen, über 40-jährigen Lastwagen.

2.2.3. Medizinische Versorgung

Dies stellt eines der dringendsten Probleme dar. Auch sie hat sich kontinuierlich und stark verschlechtert. Sie kann wie folgt charakterisiert werden:

- . Die Infrastruktur (Spitäler, Dispensarien) ist oft veraltet, Gebäude teilweise schlecht unterhalten oder annähernd baufällig.
- . Die Geräte fehlen oder sind veraltet.
- . Medikamente sind nur ungenügend vorhanden. Es fehlt insbesondere an Reagenzien, Rohmaterial für Medikamenten-Herstellung und chirurgischem Verbrauchsmaterial.
- . Das erforderliche Personal steht zur Verfügung. Es ist allgemein gut motiviert und holt aus dem Vorhandenen noch das Beste heraus.

3. Massnahmen der humanitären Hilfe

3.1. Bisherige Massnahmen

Die Lieferung von Verbrauchsmaterial und Insulin hat sich als zweckmässig erwiesen. Die Uebergabe und Verteilung vor Ort ist durch einen SKH-Logistiker überwacht worden. Vorgesehen wäre die Verteilung im Norden des Landes, da dort die Bedürfnisse ausgewiesen und am grössten sind.

3.2. Vorgesehene Massnahmen

Definitive Entscheidungen sind noch keine getroffen worden, verschiedene Zusatzinformationen müssen noch eingeholt werden. Zudem soll die eigene Flexibilität ermöglichen, gezielt dort einzusetzen, wo die Hilfe am wirkungsvollsten ist.

Phase I

- . Die rasche Lieferung von Reagenzien, Rohmaterial für Medikamenten-Herstellung und chirurgisches Verbrauchsmaterial ist vorgesehen.
- . Die Lieferung von 2000 t Mehl aus der Schweiz käme in Frage, muss aber noch näher geprüft werden! (Entscheid vor 15.9.)
- . Die albanische Regierung und Rotes Kreuz werden ein Gesuch um Lieferung von Ueberlebensnahrung (ULN) stellen. Der Einsatz von ULN ca. ab Okt/Nov. 91 scheint zweckmässig.
- . Die Entwicklung der Lage wird durch einen Logistiker des SKH zumindest zeitweise weiter verfolgt, dieser wird dann auch die genannten Lieferungen begleiten und überwachen.

Phase II

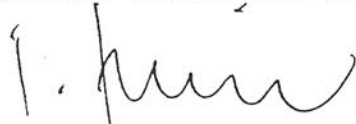
- . Ein Beitrag in der Rehabilitation der Spitalinfrastruktur (z.B. Pädiatrie Spital Nr. 1 Tirana) kommt in Frage und wäre erwünscht. Zusätzliche Absprachen und eine enge Koordination sind unerlässlich.

- 4 -

4. Kostenrahmen (provisorisch)

. Lieferung med. Geräte und Mat.	(I)	Fr.	500'000.--
. Lieferung 2000 t Mehl aus Ungarn	(I)	Fr.	600'000.--
Transportkosten		Fr.	100'000.--
. Lieferung ULN (z.L. HH/SK) Trsp	(I)	Fr.	50'000.--
. Einsatz Logistiker	(I+II)	Fr.	100'000.--
. Rehabilitation (II)		Fr.	1'000'000.--
Spital-Infrastruktur			

Abt. Human. Hilfe und SKH


 T. Frisch, Sektionschef

Verteiler

- . Schweiz. Botschaften in Wien und Belgrad
- . Pol. Abt. I
- . BAWI
- . DEH, Direktion
- . HH/SKH: RAE, Sektionen Koo/MET/PAI/HuNaHi
- . Mitglieder der Delegation (C. Orga, P. Strupler, M. Grattini, J. Widmer)

an	OK	→					a/a
Datum	17.9						
Visa							
17. SEP. 1991							
Ref. E.O. 75.77.87.0							